Größte Dresdner Morgenzeitung

Verlagsort: Dresden
Einzelpreis: In Dresden Stadt u. Amtsh. 10 Rpf.
A. außerhalb 15 Rpf.

Der Freiheitskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Ist das für seinen Verbreitungsbezirk behördlicherseits bestimmte Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Amtsgerichte, der Landesfinanzämter, der Finanzämter, der Hauptzollämter, der Zollfahndungsstellen, der Reichsbauämter und der Devisenstellen

Bezugspreis: monatl. 2,40 RM. (einschl. 41 Rpf. Vertriebsanschlag bzw. Trägerlohn). Durch die Post 2,40 RM. einschl. 49,70 Rpf. Zeitungsgeb. (zuzügl. 42 Rpf. Bestellgeld) Bei Abholung in unsr. Geschäftsstellen 2 RM. Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Bezugsgebühr oder auf Ersatzlieferung.

Nr. 309. Donnerstag, 5. November 1936

Anzeigenpreise lt. aufl. Preisl. Nr. 14. Anzeigenschl. am Tage vor Ersch. 15 Uhr, f. d. Sonntagsausg. freitags 17 Uhr, f. d. Montagsausg. sonnabends 13.30 Uhr. Verlag: Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen GmbH., Dresden-N. 1, Wettinerpl. 10. Postscheckkonto Dresden 39175. Geschäftsz. 8—18 Uhr. Sprechz. d. Schriftleitung 11—12 Uhr außer sonnabends. Fernruf Sammelnr. 25801 u. 25261

Einmarsch in Vorstadt von Madrid

Amerika feiert den Wahlsieg des Präsidenten - Neue Brotpreiserhöhung in Paris

Wilde Flucht der Bevölkerung nach Valencia

Paris, 5. November

Wie General Queipo de Llano über den Sender Sevilla mitteilte, haben die nationalen Truppen am Mittwochabend Carabanchel, einen Vorort von Madrid, besetzt.

Am Mittag waren die vom Oberstleutnant Asensio und Oberstleutnant Castejon befehligten nationalen Truppen in dem strategisch außerordentlich wichtigen Ort Alcorcon südwestlich von Madrid einmarschiert. Alcorcon liegt nur fünf Kilometer von den Militärkasernen des Madrider Vorortes Carabanchel entfernt auf einem Höhenrücken, von dem aus man die spanische Hauptstadt in vollem Umfange überblickt. Mit der Eroberung der Ortschaft Alcorcon hatten die unter dem Oberbefehl des Obersten Yague stehenden Truppen den Ausgangspunkt für den Einmarsch nach Madrid erreicht.

Der Ort wurde von zwei nationalen Abteilungen besetzt, die von Villaviciosa und Mostoles aus vorgerückt waren. Die Roten versuchten zunächst einen Gegenangriff unter Einsatz von 15 sowjetrussischen Tanks, der jedoch im Feuer der nationalen Truppen zusammenbrach. Vier rote Tanks wurden kampfunfähig geschossen. Die übrigen zogen sich zurück, als auch auf seiten der Nationalen eine Tankkompanie eingesetzt wurde. Die roten Fußtruppen verließen ihre Stellungen beim Herannahen der nationalen Truppen unter dem Schutz eines auf der Eisenbahnlinie nach Madrid stehenden Panzerzuges. Die rote Artillerie ergriff ebenfalls die Flucht in Richtung auf Madrid.

Der Sonderberichterstatter des „Diario de Lisboa" bestätigt, daß die Ortschaft Getafe sowie der dortige Madrider Flugplatz von den Truppen des Generals Varela besetzt worden sind. Die roten Milizen und die marxistisch eingestellten Einwohner von Madrid flüchten in wilder Unordnung in Richtung auf Valencia.

Die Verluste der Nationalisten während der Kampfhandlungen am Dienstag und Mittwoch betrugen im Abschnitt Mostoles—Villaviciosa weniger als 10 Tote und Verwundete, während die des Gegners auf mehrere hundert geschätzt werden. In Mostoles wurde bei der Einnahme des Dorfes nur eine einzige Familie angetroffen, die von den Schrecken der roten Herrschaft anschaulich berichtete. Die Roten hatten die gesamte Bevölkerung gezwungen, nach Madrid zu fliehen. Gefüllte Suppenteller, die in der Gaststube des Wirtshauses standen, veranschaulichten die überstürzte Flucht der roten Banditen. In Mostoles gibt es kein Haus, das nicht von den roten Horden geplündert worden ist. Verlassene Schützengräben, Sandsackbarrikaden und Unterstände bildeten ein beachtliches Verteidigungssystem, das aber von dem entmutigten roten Gesindel kampflos im Stich gelassen worden ist.

Die nationale Luftflotte hat seit Beginn der Feindseligkeiten 80 bolschewistische Flugzeuge abgeschossen. Demgegenüber stehen nur drei oder vier nationale Flugzeuge, die von den Marxisten zerstört werden konnten.

Der Sender von Burgos teilt mit, daß anscheinend auf eine Anordnung Azanas hin sämtliche Flugzeuge von Madrid nach Katalonien übergeführt werden sollen, wo man die gesamte rote Fliegerei zu konzentrieren beabsichtigt.

Einer Meldung des Senders von La Coruna zufolge sollen die Marxisten die Gräber der spanischen Könige in Escorial geöffnet haben. An Stelle der Gebeine der Könige habe man die Leichen gefallener roter Kämpfer in die Särge gelegt.

Paris soll Katalonien anerkennen

In gut unterrichteten spanischen Kreisen in Paris erklärt man, daß der „Kulturberater" der katalanischen „Regierung", Ventura Gassols, sich gegenwärtig in Frankreich aufhält, wo er mit Vertretern der französischen Volksfront und der französischen Regierung (!) Fühlung genommen haben soll. Gassols ist angeblich beauftragt, die Anerkennung einer „unabhängigen" Republik Katalonien — von Moskaus Gnaden — vorzubereiten. Weiter verlautet, daß der Abgeordnete Kirau und der bekannte Drahtzieher Miravitles, beides Katalanen, in Paris eifrigst ebenfalls für diese Anerkennung werben.

Spitzelsystem nach Moskauer Muster

Die sogenannte Madrider „Regierung" hat auf Drängen der anarchistischen und kommunistischen Gewerkschaften angeordnet, daß jeder militärische Führer vom Kompanieführer aufwärts künftig von einem politischen Kommissar begleitet sein wird, der ihn während der Kampfhandlungen zu „überwachen" habe.

Anläßlich der Beisetzungsfeierlichkeiten für einen gefallenen roten Milizsoldaten kam es in Bilbao zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Separatisten und Marxisten, bei denen es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verletzte gab.

Roosevelts Triumph

Dr. L. Franklin Roosevelt ist aus der Abstimmung vom 3. November als überlegener Sieger hervorgegangen. Der 1932 noch in einzelnen Bezirken mit verhältnismäßig knapper Mehrheit gewählte Präsident der Vereinigten Staaten hat einen Erfolg errungen, wie ihn seine eigenen Anhänger in diesem Ausmaß noch vor wenigen Tagen nicht zu erhoffen wagten.

Das deutsche Volk hat die stürmische amerikanische Wahlpropaganda der letzten Monate mit Zurückhaltung verfolgt. Außenpolitisch konnte das Ergebnis des Wahlkampfes keine besonderen Ueberraschungen bringen, die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten aber berühren uns zu wenig, als daß sie ausgerechnet im jetzigen Augenblick, da Europa mit seinen eigenen Sorgen vollauf beschäftigt ist, über das normale Maß hinaus bei uns zu interessieren vermöchten. Dennoch verdient eins festgehalten zu werden: Bei der politischen Bedeutungslosigkeit der marxistischen Strömungen in Amerika ging es bei der Entscheidung am Dienstag lediglich um die Wahl zwischen zwei Männern. Roosevelt, der Demokrat, und Landon, der Republikaner, präsentierten den Wählermassen ihre Wirtschaftspläne. Der bisherige Präsident hatte dabei den Vorteil, sich auf eine Reihe unbestreitbarer Erfolge seiner Amtstätigkeit berufen zu können. Selbst seine Gegner konnten nicht leugnen, daß es Roosevelt gelungen war, mit zäher Energie die Arbeitslosenzahl in den Vereinigten Staaten in den letzten drei Jahren von rund 15 Millionen auf 11,5 Millionen herabzudrücken. Daß dies allerdings nicht ohne erhebliche finanzielle Anstrengungen möglich war, geht daraus hervor, daß die amerikanische Staatsschuld inzwischen um die erkleckliche Summe von rund 8 bis 10 Milliarden Dollar angewachsen ist. Aber weniger diese außerordentliche Belastung der öffentlichen Finanzen bildete das Hauptargument der Gegner Roosevelts; ausschlaggebender waren die Befürchtungen, daß seine Versuche, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden, nicht mit der amerikanischen Verfassung in Einklang zu bringen seien. „Back to the constitution!" hieß darum in der Wahlschlacht auch der Schlachtruf der Republikaner, die damit bewußt an jenen, bei jedem Amerikaner ungemein ausgeprägten Sinn für Tradition appellierten, der bei wichtigen politischen Entscheidungen jenseits des großen Teiches schon so oft eine maßgebliche Rolle gespielt hat. Die Verfassung aus dem Jahre 1787 ist für den Durchschnittsamerikaner vor jeher etwas Unantastbares gewesen. Alle Versuche, modernere Auffassungen auf diesem oder jenem Gebiete durchzusetzen, scheiterten oft genug an dem Starrsinn, mit dem man in konservativ eingestellten Kreisen solche Neuerungen rundweg ablehnte.

Roosevelts Zielsetzungen auf dem Gebiete der Sozial- und Wirtschaftspolitik stellten für die Vereinigten Staaten etwas grundsätzlich Neues dar, dem gegenüber sich namentlich die kapitalistischen Kreise, die Landon zu ihrem Sprecher erkoren, recht skeptisch verhielten. Und doch wurden, wie der Wahlausgang beweist, die mit kühnem Wagemut geschaffenen Einrichtungen des „New Deal" allmählich volkstümlich. Die wiederholten Vorstöße des überwiegend republikanisch eingestellten Obersten Bundesgerichts, die außerordentlich hemmend auf die Politik des Präsidenten einwirkten, verstärkten nur noch die Popularität Roosevelts in den Kreisen der Kleinbürger und Farmer, nicht zuletzt aber auch in den ärmeren Schichten der Großstadtbevölkerung. Man muß sich allerdings davor

Japans Armee warnt vor Moskau

Eine Denkschrift auf Grund des Materials vom Nürnberger Parteitag

Tokio, 4. November

Gewaltiges Aufsehen erregte am Mittwoch die Bekanntgabe einer neuen Denkschrift der Armee über die Vervollkommnung der Rüstung und Erneuerung des Wehrgedankens in Japan. Damit tritt die Armee nach der Februarerhebung aus ihrer bisherigen Zurückhaltung heraus. Die Denkschrift enthält zugleich eine Begründung des Heereshaushaltes, der für die kommenden sechs Jahre 3,3 Milliarden Yen vorsieht.

Als Leitgedanke liegt der Denkschrift die Ueberrüstung der Sowjetunion zugrunde, die, gestützt auf die Verbindung mit Frankreich und der Tschechoslowakei und die Annäherung an England, die Weltrevolution als Endziel weiter verfolge, wenn Moskau auch gegenwärtig durch innere Schwierigkeiten und die in Europa erlittenen Rückschläge eine Friedensbereitschaft vortäusche. Die wahren Ziele der Sowjetpolitik seien auf dem Nürnberger Parteitag durch Reichsminister Goebbels und Reichsleiter Rosenberg unwiderlegbar aufgedeckt worden, ohne daß Moskau hierauf etwas habe erwidern können. Die ganze Sowjetpolitik sei durch die militärischen Rüstungen Sowjetrußlands gegen Japan und Deutschland gekennzeichnet. Demgegenüber sei Japan völlig ungerüstet. Nunmehr müsse das japanische Volk die bisherigen Versäumnisse opferbereit nachholen und in zehn Jahren die erste Hälfte seiner Aufrüstung durchführen.

Abschließend fordert die Armee die geistige Erneuerung des gesamten Volkes, ohne die eine materielle Rüstung undenkbar sei. Nur durch planmäßige Verfolgung des Totalitätsgedankens unter tatkräftiger Entwicklung einer durchgreifenden Staatsreform sei eine Rüstungseinheit von Staat, Volk und Wirtschaft in allen seinen Teilen zu erreichen. Obwohl bisher nur Auszüge aus der Denkschrift vorliegen, haben bereits heftige Angriffe der Parteien gegen die Heeresleitung eingesetzt, der Diktaturpläne vorgeworfen werden. Nach der offiziösen Nachrichtenagentur Domei vertritt die Armee gegenüber diesen Angriffen den Standpunkt, daß die Erweckung des Volksgeistes keine Diktatur bedeute.

Frankreichs Befestigungen gegen Belgien

Die Regierung stellt 500 Millionen Franken zur Verfügung

Paris, 4. November

Der Heeresausschuß der Kammer hat am Mittwochnachmittag den Kriegsminister Daladier angehört, der sich, auf einen Fragebogen antwortend, zunächst über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Deutschland verbreitete. Der Kriegsminister kündigte die Einbringung neuer Gesetzesvorlagen der Regierung an, darunter solche über die obligatorische vormilitärische Ausbildung, Aufstellung eines Spezialkorps (Corps de Maitrise) und Schaffung eines Instituts für wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiete der nationalen Verteidigung. Die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere in der Armee solle erhöht werden. Daladier wies mit Nachdruck darauf hin, daß Verzögerungen in der Durchführung dieses neuen Programms nicht geduldet würden.

Daladier kam danach auf die Grenzbefestigungen zu sprechen und erklärte, daß diese — entsprechend der Haltung der Nachbarvölker — ergänzt werden würden. Wie im einzelnen noch zu der Sitzung bekannt wird, hat der Kriegsminister u. a. angekündigt, daß die Regierung allein für die Befestigungswerke an der belgischen Grenze 500 Millionen Franken zur Verfügung stellen werde. Auch entlang der Schweizer Grenze sind Befestigungsanlagen vorgesehen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417178867-19361105/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG